



Juli 2007

Ausgabe 7



Newsletter Integration und Migration

Neues Internetportal www.integration-migration-thueringen.de

Seit Anfang Juli gibt es ein neues Internetportal www.integration-migration-thueringen.de. Dort stellt sich das Zentrum für Integration und Migration (ZIM) und seine Angebote vor. Bis Mitte August sollen an das Portal das Netzwerk für Integration für Spätaussiedler und Migranten der Landeshauptstadt Erfurt und der Fachdienst für Flüchtlingsarbeit Thüringen dort ihre Seiten einstellen.

Auf den Seiten des Fachdienstes wird der „Wegweiser für die Integrations- und

Flüchtlingsarbeit Thüringen eingestellt. So soll es möglich sein, in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Ansprechpartner sowie Angebote im Bereich Integration für Migranten und Flüchtlinge zu suchen und zu finden.

Wer noch nicht dort benannt ist und Interesse hat sich in dieser Datenbank wieder zu finden, meldet sich bitte im ZIM unter Tel. 0361 / 6431535, info@integration-migration-thueringen.de

Neue Bleiberechtsregelung durch den Bundestag beschlossen

Zehntausende in Deutschland geduldete Ausländer bekommen bessere Chancen auf ein dauerhaftes Bleiberecht. Der Bundestag verabschiedete am 14.06.07 mit der Mehrheit von Union und SPD das neue Zuwanderungsgesetz, das elf Richtlinien der Europäischen Union umsetzt.

Demnach erhalten seit Jahren geduldete, unbescholtene Ausländer ein Bleiberecht, wenn sie bis Ende 2009 Arbeit finden und ihre Familie weitgehend ohne Hilfe des Staates ernähren können. Das Gesetz sieht aber auch eine Verschärfung des Zuwanderungsrechts vor. So wird der Nachzug von Ehepartnern erschwert, um Frauen vor Zwangsehen zu schützen. Ausländer, die sich gegen Integrationskurse sperren, müssen mit einer Kürzung des Arbeitslosengeldes II um 30 Prozent rechnen. Die Opposition meldete Verfassungsbedenken an.

Das Gesetz legt das Mindestalter für den Nachzug von Ehepartnern auf 18 Jahre fest und verlangt zumindest einfache Deutschkenntnisse des nachkommenden Partners.

Ausgenommen sind Ausländer aus Staaten wie USA, Japan und Australien mit wenig Integrationsbedarf. Wer die Werte des Grundgesetzes missachtet oder seine Tochter zur Heirat zwingt, kann künftig ausgewiesen werden. Jugendlichen Serientätern droht bei schweren Straftaten ebenfalls die Ausweisung.

Außerdem werden einige Visa-Regelungen aus Sicherheitsgründen verschärft. Aus den Reihen der SPD kamen bei der Bundestagsabstimmung mehrere Enthaltungen und auch Nein-Stimmen.

aus: FR-Online.de vom 14.06.2007, Link: www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?sid=9fb83cbcb4611d8660d6d4431bbe5f4f&em_cnt=1154642

Quelle: BIM 31/2007

Die wichtigsten Änderungen im Überblick finden Sie auf Seite 2.

Neue Förderrichtlinien der Europäischen Union

Es gibt neue Förderrichtlinien für den Europäischen Flüchtlingsfonds und Rückkehrerfonds. Im Herbst 2007 werden die Richtlinien verabschiedet werden. Zur Netzwerktagung im September wird das Thüringer Innenministerium darüber

informieren

Im Amtsblatt der Europäischen Union vom 28.06.07 (L 168/18) wurde die Entscheidung des Rates der EU zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (Integrationsfonds).

In dieser Ausgabe:

Neues Internetportal www.integration-migration-thueringen.de	1
Neue Bleiberechtsregelung durch den Bundestag beschlossen	1
Neue Förderrichtlinien der Europäischen Union	1
Zuwanderung und Bleiberecht: die wichtigsten Änderungen	2
Zahlen und Tipps für die Flüchtlingsarbeit	2
Zahl der Einwanderer sinkt . Immer mehr Menschen verlassen Deutschland	3
Statistisches Bundesamt mit neuen Daten zur Migration	3
Meldungen aus Deutschland	4
„Migranten und Medien 2007“ Studie liefert Erkenntnisse zur Integration	4
UNO: Neue Bevölkerungsprognosen veröffentlicht	5
Buchempfehlungen	6
Impressum	6

Zuwanderung und Bleiberecht: die wichtigsten Änderungen

Mit dem "Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union" ändert die große Koalition zahlreiche Bestimmungen beim Zuwanderungs- und Flüchtlingsrecht. Begründet wird das im Wesentlichen mit der Umsetzung von elf EU-Richtlinien, deren Frist zum Teil bereits abgelaufen ist, in nationales Recht. Die wichtigsten geplanten Änderungen sind:

> **Einschränkung des Ehegattennachzugs:** Der Ehegattennachzug wird von einem Mindestalter beider Partner von 18 Jahren abhängig gemacht. Dies gilt auch für ausländische Ehepartner deutscher Staatsbürger. Zudem müssen die Nachziehenden bereits im Herkunftsland Deutschkenntnisse erwerben - und diese vor der Einreise nachweisen.

> **Integrationskurse:** Wer künftig der Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs nicht nachkommt, kann mit einer Geldstrafe bis zu 1.000 Euro bestraft werden.

> **Einbürgerung:** Bisher können in Deutschland lebende ausländische Staatsbürger unter 23 Jahren sich einbürgern lassen ohne nachzuweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren können. Damit sollte verhindert werden, dass Studenten oder Auszubildende ihre Ausbildung abbrechen und arbeiten gehen, um Deutsche zu werden. Diese Einbürgerungserleichterungen für junge Erwachsene werden jetzt gestrichen. Zudem müssen die BewerberInnen künftig vor der

Einbürgerung Kenntnisse der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung und der hiesigen Lebensverhältnisse nachweisen - in der Regel durch einen erfolgreichen Einbürgerungstest.

> **Bleiberecht:** Das Gesetz soll eine so genannte Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge schaffen. Sie bekommen ein Aufenthaltsrecht, wenn sie sich zum Stichtag 1. Juli 2007 seit mindestens acht Jahren (Alleinstehende) oder sechs Jahren (Familien mit minderjährigen Kindern) in Deutschland aufhalten und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, nicht straffällig geworden sind und Deutsch können. Anderenfalls erhalten sie die Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" und bekommen bis Ende 2009 Zeit, Arbeit zu finden. Wie viele der rund 180.000 Geduldeten diese Regelung in Anspruch nehmen können, ist bisher ungewiss.

> **Ausländerzentralregister:** Künftig sollen im AZR auch Fotos aller in Deutschland lebenden Ausländer gespeichert werden. Bisher war dies nur in einer Teil-Datei für Visum-Antragsteller vorgesehen. Die Fotos sollen auch mit Gesichtserkennungs-Software geprüft werden, um zum Beispiel Doppel-Identitäten aufzudecken.

> **Forscher:** Es wird ein Aufenthaltstitel zu Forschungszwecken geschaffen. Dabei müssen sich die entsprechenden Forschungseinrichtungen zur Übernahme der Kosten für den Lebensunterhalt ihrer ausländischen Forscher während deren Aufenthalt in der EU verpflichten. Im Falle einer Abschiebung müssen sie diese bezahlen.

aus: taz vom 14.06.2007

Quelle: BIM 31/2007

Zahlen und Tipps für die Flüchtlingsarbeit

Mit Stand vom 31.05.07 leben **409 Asylsuchende in Erfurt**. 57 Personen davon sind noch im Asylverfahren. 114 haben eine Duldung und sind somit ausreisepflichtig. 191 haben einen Aufenthaltsstatus aufgrund humanitärer Gründe. 47 Personen besitzen nach dem Bleiberechtsbeschluss eine Aufenthaltserlaubnis mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten. 32 der Kinder besuchen eine Kindertagesstätte, 107 eine Schule. Wobei 9 ins Gymnasium und 14 Kinder ein Förderzentrum besuchen.

Quelle: Flüchtlingsrat Info vom 04.07.07

„**Kreuzwege für die Rechte der Flüchtlinge**“ Jedes Jahr gestaltet eine stetig wachsende Zahl von Organisationen und Einzelpersonen aus dem kirchlichen Raum in Hamburg an Karfreitag einen „Kreuzweg für die Rechte der Flüchtlinge“. Jedes Jahr wird diese „liturgische Demonstration“ unter ein aktuelles Motto gestellt. Auch viele andere Städte haben bereits diese Idee, ausgehend von der Diakonischen Basisgemeinschaft Brot & Rosen, aufgegriffen.

Das Buch „Kreuzwege für die Rechte der Flüchtlinge - ein Arbeitsbuch für die Praxis“

(ISBN 978-3-86059-428-5) wurde von Dietrich Gerstner herausgegeben und ist im von Loeper Literaturverlag erschienen. Dem Buch liegt eine DVD bei, die Beispiele aus den Kreuzwegen im Film zeigt. Es kostet 12.90 Euro und kann portofrei bezogen werden über die

"vorwärts:buchhandlung + antiquariat" im Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin (www.vorwaerts-ba.de), Telefon: **030/25299-871**, Fax: **030/25299-872**, E-Mail: info@vorwaerts-buchhandlung.de

Quelle: BIM 30/2007

Unter der Adresse http://wiki.bleiberechtsbuero.de/index.php/Leitfaden_fuer_Fluechtlinge ist ein neuer **Leitfaden für Flüchtlinge in Niedersachsen** abrufbar: Dieser Leitfaden stellt den Versuch dar, das Asylverfahren sowie die aufenthalts- und sozialrechtliche Situation von Flüchtlingen je nach Status zusammenhängend darzustellen. Alle wesentlichen Rechtsfragen zum Asylverfahren wie auch zu Rechtsansprüchen (und Rechtsverweigerungen) sollten über diesen Leitfaden abrufbar sein. Die Veröffentlichung des "Leitfadens für Flüchtlinge in Niedersachsen" im Bleiberechtswiki ermöglicht unkomplizierte Ergänzungen und Korrekturen. Alle, die etwas vom Thema verstehen, sind daher aufgerufen, den Leitfaden zu verbessern und weiterzuentwickeln. Er gibt zwar zu 90% Bundesrecht wieder, manche Gesetze und Regelungen werden jedoch landesspezifisch unterschiedlich ausgelegt. Anregungen sind erwünscht, sollten jedoch deutlich zwischen niedersächsischen Regelungen und allgemeinem (Bundes-)Recht unterscheiden.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen

Zahl der Einwanderer sinkt - immer mehr Menschen verlassen Deutschland

Die Zuwanderung nach Deutschland hat sich deutlich abgeschwächt. Das gilt sowohl für Ausländer als auch für Spätaussiedler. Rund 662.000 Menschen sind 2006 insgesamt nach Deutschland gezogen, gleichzeitig haben 639.000 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt. Das Zuwanderungsplus ist damit gegenüber 2005 um 71 Prozent gesunken. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtete, zogen zudem zum zweiten Mal mehr Deutsche weg als zu.

So verlegten 155.000 Bundesbürger ihren Wohnsitz in andere Länder, vor allem in die Schweiz, die USA und nach Österreich. Das waren sieben Prozent mehr als im Vorjahr. 2005 hatte dieser so genannte Wanderungsverlust 17.000 betragen, im vorigen Jahr 52.000. Das Gros der deutschen Auswanderer stammt aus den alten Bundesländern und Berlin. Die Gründe der Abwanderung erheben die Statistiker nicht. 558.000 Ausländer sind 2006 nach Deutschland gezogen, vier Prozent weniger als im

Vorjahr. "Damit setzte sich die seit 2001 anhaltende Tendenz einer rückläufigen Zuwanderung fort." Weggezogen sind 484.000 Menschen, etwa so viele wie 2005. Der "Wanderungsüberschuss" reduzierte sich damit um 22 Prozent. Mit 103.000 Zuzügen (minus 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr) setzte sich der rückläufige Trend bei den Spätaussiedlern und anderen Rückkehrern ebenfalls fort.

Innerhalb Deutschlands waren erneut die alten Länder deutlich gefragter als die neuen. Diese mussten ein Minus von rund 50.000 Menschen hinnehmen, während die alten Bundesländer zusammen mit Berlin unterm Strich ein Plus von 73.000 Menschen zählten. Die Abwanderung von Ost nach West war dabei nahezu konstant. 136.000 Menschen meldeten ihren Wohnsitz in den neuen Ländern ab und in den alten an. 82.000 gingen den umgekehrten Weg - 6000 weniger als 2005. Berlin bleibt auf Grund seiner Sonderstellung dabei ausgeklammert.

aus: tagesschau.de vom 30.05.2007 Quelle: BIM 28/2007

Statistisches Bundesamt mit neuen Daten zur Migration

Das Statistische Bundesamt hat jetzt weitere Daten aus dem Mikrozensus 2005 zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre Nachkommen) in Deutschland ausgewertet. Danach lebten 2005 von den 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund 14,7 Millionen oder 96 Prozent im früheren Bundesgebiet und in Berlin. Am höchsten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Großstädten, vor allem in Stuttgart mit 40 Prozent in Frankfurt am Main mit 39,5 Prozent und in Nürnberg mit 37 Prozent. Bei den unter 5-Jährigen liegt dieser Anteil in sechs Städten bei über 60%, unter anderem in Nürnberg (67 Prozent), Frankfurt (65 Prozent), Düsseldorf und Stuttgart (jeweils 64 Prozent). Insgesamt hat knapp ein Drittel aller Kinder unter fünf Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund.

Von den Zugewanderten und ihren Nachkommen stellen Ausländerinnen und Ausländer mit 7,3 Millionen nur etwas weniger als die Hälfte (8,9 Prozent der Bevölkerung), die Deutschen mit 8,0 Millionen etwas mehr als die Hälfte (9,7 Prozent). 10,4 Millionen Menschen, die so genannte "Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung", sind seit 1950 zugewandert, das sind gut zwei Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund. Unter ihnen sind die Ausländerinnen und Ausländer mit 5,6 Millionen gegenüber den Deutschen deutlich in der Mehrheit (54 Prozent).

Fast 62 Prozent der nach Deutschland Zugewanderten kommen aus Europa. Die neun wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei (mit 14,2 Prozent aller Zugewanderten), die Russische Föderation (9,4 Prozent), Polen

Serbien und Montenegro (jeweils 3,0 Prozent), Kroatien (2,6 Prozent), Bosnien und Herzegowina (2,3 Prozent) sowie Griechenland (2,2 Prozent).

Die Ergebnisse zeigen weiter, dass Personen mit Migrationshintergrund im Unterschied zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund geringer qualifiziert sind: Fast 10 Prozent haben keinen allgemeinen Schulabschluss (Personen ohne Migrationshintergrund: 1,5 Prozent) und 51 Prozent keinen beruflichen Abschluss (gegenüber 27 Prozent), wobei in allen Fällen diejenigen nicht berücksichtigt sind, die sich noch in Ausbildung befinden.

Diese und eine Vielzahl weiterer Daten zu den Menschen mit Migrationshintergrund bietet die Fachserie 1, Reihe 2.2 "Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2005". Die Veröffentlichung enthält detaillierte Informationen zu einer Reihe von Themen, die von Alter, Geschlecht und Familienstand sowie Haushalts- und Familienstruktur über Bildungsbeteiligung und Bildungsabschlüsse bis hin zur Beteiligung am Erwerbs- und Arbeitsleben reicht. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Personen

mit und ohne Migrationshintergrund werden herausgearbeitet, aber auch zwischen den einzelnen Teilgruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ausgewertet wurden die im Mikrozensus 2005 erstmals erhobenen Angaben zu Zuwanderung, Staatsangehörigkeit und Einbürgerung.

Die Publikation kann im Internet unter www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020312 kostenfrei abgerufen werden. aus: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 04.05.2007 Quelle : BIM 23/2007



Meldungen aus Deutschland

Migrationswunder Ost

In den neuen Ländern machen weit mehr nichtdeutsche Schüler Abitur als in den alten. Darüber hinaus gibt es unter den Migrantenkindern in Ostdeutschland weniger Schulabbrecher, Haupt- und Sonderschüler als in Westdeutschland. In Brandenburg machen sogar mehr Migranten Abitur als deutschstämmige Brandenburger. Das hat die Fachhochschule Potsdam in einer Studie festgestellt.

Eine Ursache ist die Herkunft der Migranten im Osten. Sie kommen meist aus Osteuropa und Asien, wo Bildung und Leistung viel zählen. Auch lernen sie in den neuen Ländern rascher Deutsch, da der Ausländeranteil hier geringer ist als im Westen. Die gute Kindergartenversorgung im Osten erleichtert es den Zuwanderern zudem, frühzeitig die deutsche Sprache zu lernen. Quelle: BIM 24/2007

"Migranten und Medien 2007" Studie liefert Erkenntnisse zur Integration

Die Staatsministerin für Integration, Maria Böhmer, begrüßt die Studie "Migranten und Medien 2007" von ARD und ZDF als wichtigen Beitrag zur Integration. "Damit lösen die öffentlich-rechtlichen Sender eine ihrer Selbstverpflichtungen zum Nationalen Integrationsplan ein", erklärte Böhmer.

ARD und ZDF haben sich in der von Böhmer geleiteten Medien-Arbeitsgruppe zum Nationalen Integrationsplan unter anderem dazu verpflichtet, die Forschung zum Mediennutzungsverhalten von Migrantinnen und Migranten zu verstärken.

„Durch die Studie wissen wir nun genauer, wie Menschen aus Zuwandererfamilien die Medien nutzen. Damit ist künftig eine noch bessere Programmplanung möglich“, hob die Staatsministerin hervor. Die Studie hat erstmals bundesweit repräsentativ untersucht, wie in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund die Medien nutzen. Demnach besteht ein enger Zusammenhang zwischen deutschen Sprachkenntnissen und der Nutzung deutscher Medien. Die Bedeutung von Medien aus den Herkunftsländern variiert stark, abhängig unter anderem vom Grad der sprachlichen Integration und vom konkreten Angebot. Das Fernsehen ist für Migranten das Leitmedium, deshalb kommt ihm der Studie zufolge ein besonderer Stellenwert für die Integration zu. Bei den Tageszeitungen liegen die deutschsprachigen in der Nutzungshäufigkeit vor den heimat Sprachlichen. Böhmer erklärte dazu: „Ziel muss es sein, Migrantinnen und Migranten stärker dafür zu gewinnen, neben den Medien aus ihren Herkunftsländern auch deutschsprachige Medien zu nutzen. Fernsehen, Radio und Zeitungen helfen dabei, die deutsche Sprache gut zu lernen. Mit ihrem reichhaltigen Angebot an Informationen, Service und Unterhaltung sorgen sie gleichzeitig für Orientierung. Wer weiß, was in der Stadt oder Gemeinde, in der Region und im ganzen Land passiert, worüber man spricht und was die Menschen bewegt, findet sich besser zurecht und fühlt sich eher zugehörig.“ Die Staatsministerin ergänzte: „Auch die ausländischen Medien können einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Sie bilden eine Brücke in die

Wettbewerb: Integration durch bürgerschaftliches Engagement

Mit der dritten Auflage des bundesweiten Wettbewerbes will die Stiftung Bürger für Bürger die Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement fördern. Vorbildhafte Praxis und realisierbare innovative Ideen sollen mit dem Wettbewerb identifiziert, anerkannt bzw. ausgezeichnet und zur Nachahmung oder erstmaligen Realisierung angeregt werden. Kriterien für die Prämierung sind. Die Auszeichnung der Preisträger erfolgt durch Geldpreise: 1. Preis: 2.500 EUR, 2. Preis: 1.500 EUR, 3. Preis: 1.000 EUR. Formlose Bewerbungen mit weiteren Infos sind zu richten an die Stiftung Bürger für Bürger, Herrn Bernhard Schulz, Singerstr. 109, 10179 Berlin, E-Mail: info@buerger-fuer-buerger.de, Tel. 030 / 24 31 49-0. Der Wettbewerb wird unterstützt von der DFB-Stiftung Egidius Braun. Einsendeschluss ist der 30. November 2007.

Heimatländer und genießen ein hohes Maß an Vertrauen bei ihren Lesern und Zuschauern. Das gilt es zu nutzen, um die Integration voranzubringen.“ Der Deutschkurs einer türkischen Tageszeitung sei ein nachahmenswertes Beispiel dafür.

ARD und ZDF wollen die Mediennutzung von Migrantinnen und Migranten auch in Zukunft kontinuierlich weiter erforschen. Böhmer begrüßte dieses Vorhaben: „Die Sender müssen wissen, wie Menschen aus Zuwandererfamilien die Medien nutzen und wie sich ihr Nutzungsverhalten im Laufe der Jahre verändert, um in der Programmgestaltung entsprechend darauf reagieren zu können.“

Weitere Selbstverpflichtungen der Medien im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes sind die verstärkte Thematisierung der Integration in allen Programmbereichen und die Förderung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund als Medienschaffende. Böhmer sagte dazu: „Wir brauchen mehr Moderatoren, Sprecher und Schauspieler aus Zuwandererfamilien auf den Bildschirmen und mehr Redakteurinnen und Redakteure mit Zuwanderungserfahrung, die das Thema Integration kompetent und vielschichtig beleuchten können.“ Die Vielfalt der Bevölkerung angemessen in der Programmgestaltung zu berücksichtigen, liege im Eigeninteresse der Sender, entspreche dem Vielfaltsgesetz und sei ein wichtiger Beitrag zur Integration, so Böhmer.

Bislang zeichneten die Medien noch häufig ein unvollständiges Bild von Migrantinnen und Migranten. Überproportional oft werde über Probleme berichtet, die vielen Beispiele für gelungene Integration seien dagegen „buchstäblich unterbelichtet“, so Böhmer. „Integration braucht die Medien. Sie sind die Plattform für die öffentliche Kommunikation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Was die Mehrheit über die Minderheit denkt, weiß sie zumeist aus den Medien. Deshalb sollte das Thema Integration als Querschnittsthema in allen Programmbereichen etabliert und dabei der Fokus stärker auf die positiven Aspekte gerichtet werden.“

aus: Mitteilung Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 05.06.2007

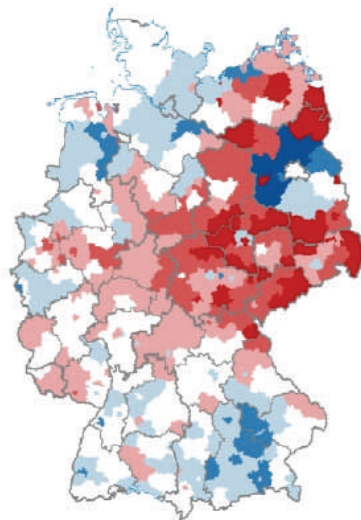
www.bundesregierung.de/nn_56546/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2007/06/2007-06-05-boehmer-studie-migranten-und-medien.html Quelle: BIM 30/2007

UNO: Neue Bevölkerungsprognosen veröffentlicht

Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN Population Division) hat Mitte März 2007 erneut Schätzungen und Projektionen zur demographischen Lage weltweit veröffentlicht. Sie setzt damit die Tradition fort, ihre Schätzungen alle zwei Jahre auf der Grundlage neuer statistischer Daten, anderer Untersuchungen und veränderter Annahmen für die Zukunft zu überarbeiten.

Die neuen Prognosen der Bevölkerungsabteilung weichen nicht substantiell von jenen des Jahres 2004 ab. In den zurückliegenden zwei Jahren hat sich in der deutschen Öffentlichkeit allerdings eine Verschiebung der Wahrnehmung demographischer Prozesse vollzogen. Die Diskussion des **demographischen Wandels in Deutschland** und anderen europäischen Staaten – mit **Bevölkerungsrückgang und Alterung** im Vordergrund – wurde zu einem wichtigen Thema in Medien und Politik. Die aktuellen UNO-Prognosen sind eine Erinnerung daran, dass im globalen Kontext Bevölkerungswachstum in den nächsten fünf Jahrzehnten die dominierende Tendenz verschiedener nationaler Entwicklungen bleiben wird. Die Bevölkerungsabteilung erwartet bis Mitte des 21. Jahrhunderts einen weiteren **Anstieg der Weltbevölkerung um 2,5 Mrd. Menschen**. Allein dieser Zuwachs entspricht der Größe der Weltbevölkerung im Jahr 1950. Der für 2050 ausgewiesene Wert wurde dabei gegenüber vergangenen Einschätzungen zum zweiten Mal leicht nach oben korrigiert, um 115 Mio. Menschen. In den UN-Projektionen von 2002 erwartete man 8,9 Mrd. Menschen für 2050, zwei Jahre später 9,1 Mrd. und in der aktuellen Projektion 9,2 Mrd. Menschen. Diese Veränderungen der Projektionen resultieren aus neuen Daten zur aktuellen Bevölkerungsgröße einzelner Länder und aus neuen Einschätzungen zur zukünftigen Entwicklung von Fertilität und Mortalität. Es ist bemerkenswert, dass fast die Hälfte der Korrektur der Prognosen zur Größe der Weltbevölkerung für 2050 nicht auf veränderten Annahmen für die Zukunft beruht, sondern auf einer Datenkorrektur für die Gegenwart. Von den 115 Mio. Menschen, um welche die Prognose für 2050 nach oben korrigiert

wurde, entfallen allein 50 Mio. auf die Bevölkerungsgröße im Jahre 2005. Hinter den relativ geringfügig veränderten Prognosen für die Weltbevölkerung insgesamt stehen größere Korrekturen für



Bevölkerungsentwicklung
2003-2020 in %

rot	unter -12	sehr starker Rückgang
rot	-12 bis unter -7	starker Rückgang
rot	-7 bis unter -2	Rückgang
weiß	-2 bis unter 2	stabile Entwicklung
hellblau	2 bis unter 7	Zunahme
hellblau	7 bis unter 12	hohe Zunahme
darkblau	12 und mehr	sehr hohe Zunahme

Quelle: Bertelsmann Stiftung

einzelne Länder nach oben oder unten, die sich teilweise in der Summe ausgleichen. Dies betrifft vor allem **Entwicklungsländer**, bei denen allein für die Gegenwart eine beträchtliche Unsicherheit in den Daten zur Bevölkerungsgröße oder Fertilität und Mortalität besteht. Für Indien wurde die Bevölkerungsschätzung für 2005 gegenüber der vorherigen Prognose von 2004 um 31 Mio. nach oben korrigiert (+4,1%), für Afghanistan um fast 5 Mio. nach unten (-16%). Bei der aktuellen Prognose für 2050 stehen Korrekturen für einzelne Länder von insgesamt 292

Mio. nach oben, Korrekturen von insgesamt 177 Mio. nach unten gegenüber. Die Gegenläufigkeit der demographischen Entwicklungen in einzelnen Nationalstaaten spiegelt sich also auch auf der Ebene von statistischen Korrekturen wider. Sieht man von Datenkorrekturen für die Gegenwart ab, ist für die letzten zwei Jahre kein grundsätzlicher Paradigmenwechsel in den Annahmen der Bevölkerungsabteilung für die Zukunft zu erkennen. Ein Bereich mit großen Unsicherheiten bleibt der **Einfluss der AIDS-Mortalität**, insbesondere nachdem für einige Entwicklungsländer lebensverlängernde antiretrovirale Medikamente verfügbar wurden. Auch die zukünftige Fertilitätsentwicklung und die internationalen Wanderungen könnten heutige Prognosen viel stärker in Frage stellen. Allerdings haben sich offenbar in den letzten zwei Jahren keine wesentlichen Erkenntnisse ergeben, die zu einer Änderung der Annahmen und Prognosen führten.

Die UN-Bevölkerungsabteilung hat die wichtigsten Ergebnisse auf ihrer Website bereitgestellt:

<http://www.un.org/esa/population/publications/wpp2006/wpp2006.htm>

Auch Ergebnisse für einzelne Länder können online abgefragt werden: <http://esa.un.org/unpp/>. In den nächsten Monaten werden die vollständigen Ergebnisse veröffentlicht und in Deutschland durch den UNO-Verlag vertrieben. Nachfragen zu den Projektionen beantwortet Hania Zlotnik, Director, Population Division, United Nations, New York, NY 10017, Fax: +1-212-963 2147.

Quelle: Migration und Bevölkerung 3/2007
Grafik: http://www.erfahrung-ist-zukunft.de/nn_104190/Webs/EiZ/Content/DE/Artikel/Monatsthemen/20060727-kommunen-gestalten-den-wandel.html

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung bietet gegen eine geringe Schutzgebühr ein neues

Poster zur Entwicklung der Weltbevölkerung.

Mehr Informationen unter

www.berlin-institut.org/poster.html.

Quelle: BIM 31/2007

Buchempfehlungen

Neu bei der Bundeszentrale für politische Bildung: Afrika verstehen lernen

Der neu vorliegende Band „Afrika verstehen lernen“ bietet zwölf Bausteine zur Auseinandersetzung mit aktuellen sowie historisch begründeten Problemen und Prozessen an. Obwohl bei der Konzeption die Schule im Vordergrund stand, empfiehlt sich auch die Nutzung in der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Die einzelnen Bausteine eignen sich zur Gestaltung sowohl von Unterrichtseinheiten verschiedener Fächer als auch von Projekttagen. Zusammen genommen können sie eine gesamte Projektwoche tragen. Außerdem ermöglicht ihr unterschiedliches Anspruchsniveau den gezielten Einsatz von der Haupt- und Berufsschule bis hin zum Leistungskurs in der Sekundarstufe II.

Bei der Auswahl standen neben der allgemeinen Bedeutung Anschaulichkeit, Vergleichbarkeit mit eigenen Lebenserfahrungen und die Möglichkeit, jugendgerechte Zugänge zu finden, im Vordergrund. Die Bausteine richten sich gleichermaßen an Lehrende wie Lernende. Jeder ist in sich abgeschlossen, liefert zunächst Orientierungswissen und Hintergrundinformationen für die Lehrkraft, dann didaktische und methodische Hinweise. Abschließend erhalten diejenigen, die sich in und außerhalb der Schule mit Afrika beschäftigen, Lernangebote oder konkrete Aufgabenstellungen.

Der Band „Afrika verstehen lernen“ kann für eine Bereitstellungspauschale in Höhe von 4,00 Euro in den Medien- und Kommunikationszentren Bonn und Berlin der Bundeszentrale für politische Bildung erworben werden

(www.bpb.de/kontakt) oder gegen zusätzliche Portokosten bestellt werden über:

www.bpb.de/publikationen/TQMTEJ,0,Afrika_verstehen_lernen.html

Islam - was stimmt? Die wichtigsten Antworten

Hat der Islam die Weltherrschaft zum Ziel? Welche Rolle spielen bei ihm die Menschenrechte? Kennt er Möglichkeiten demokratischer Entwicklung? Und wie sieht er das Verhältnis von Mann und Frau? Keine der Weltreligionen steht so sehr im Brennpunkt aktueller Debatten wie der Islam. In knappen, leicht verständlichen Kapiteln bietet Ludwig Ammann die Basics zu Muhammad, seiner Botschaft und wie sie heute gelebt wird.

Der Autor, Ludwig Ammann, geboren 1961, Dr. phil., hat Islamwissenschaft, Literaturwissenschaft und Völkerkunde an der Universität Freiburg im Breisgau studiert, wo er auch heute noch trotz seiner vielen Aktivitäten im Ausland seinen „Standort“ hat. Neben seiner wissenschaftlich publizistischen Arbeit mit dem Schwerpunkt Islam, ist Ammann auch als freier Kunstkurator und Filmverleiher tätig.

Das Buch „Islam - was stimmt? Die wichtigsten Antworten“ (ISBN 3-451-05736-0, ISBN 978-3-451-05736-6) ist in diesem Jahr in der Reihe „spektrum“ des Herder-Verlags erschienen. Es kostet 7,90 Euro und kann portofrei bezogen werden über die „Vorwärtsbuchhandlung + antiquariat“ im Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin (www.vorwaerts-ba.de), Telefon: **030/25299-871**, Fax: **030/25299-872**, E-Mail: info@vorwaerts-buchhandlung.de

Quelle: BIM 25/2007

BAMF mit neuer Broschüre über „Integration in Deutschland“

Die Bundesregierung misst der Integration von Migrantinnen und Migranten einen hohen Stellenwert bei und kommt ihrer Verantwortung mit einem breiten Angebot staatlicher Integrationsaktivitäten nach. Gesetzliche Grundlage der staatlichen Leistungen ist das seit dem 1. Januar 2005 geltende Zuwanderungsgesetz. Damit hat die Bundesrepublik Deutschland den Einstieg in eine systematische Integrationspolitik vollzogen und erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein bundesweit einheitliches Grundangebot zur Integrationsförderung von Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern geschaffen.

Die Integrationspolitik der Bundesregierung folgt dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“ sowie der „Ressourcenorientierung“. Das bedeutet, dass Integration als ein wechselseitiger Prozess verstanden wird, der Anstrengungen von beiden Seiten erforderlich macht: Während die Aufnahmegesellschaft den Migrantinnen und Migranten Förderangebote zur Eingliederung unterbreitet, vor allem in den Bereichen Sprachförderung und Beratung, sind die Zuwanderer ihrerseits gefordert, sich aktiv um den Erwerb der deutschen Sprache zu bemühen und sich in die Rechts- und Gesellschaftsordnung ihres Aufnahmelandes einzufügen. Hinter dem Begriff „Ressourcenorientierung“ verbirgt sich der Ansatz, Fördermaßnahmen gezielt bei den individuellen Kompetenzen und Fähigkeiten der Zuwanderinnen und Zuwanderer anzusetzen.

Die Broschüre gibt einen Überblick über die Schwerpunkte der vielfältigen Integrationsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, einer Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Die Kernelemente bilden die Integrationskurse, die von zahlreichen integrationskursergänzenden Maßnahmen flankiert werden, die Migrationsberatung und die Förderung von Integrationsprojekten. Vorgestellt wird des Weiteren das bundesweite Integrationsprogramm, mit dem ein umfassendes, strategisches Konzept für die Integrationsförderung in Deutschland angestrebt wird, sowie die Arbeit der Regional Koordinatorinnen und -koordinatoren des Bundesamtes, die sich für die Vernetzung und Koordinierung von Akteuren der Integrationsförderung und ihren Maßnahmen engagieren. Diese und weitere Aufgaben, wie die Vermittlung und der Austausch von Informationen sowie die Integrationsforschung, sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als zentraler Integrationsbehörde in Deutschland zusammengefasst. Darüber hinaus ist das Bundesamt auch Geschäftsstelle der Deutschen Islam Konferenz (DIK), mit der eine bessere Integration der muslimischen Bevölkerung in Deutschland erreicht werden soll. Die Broschüre „Integration in Deutschland - Förderung, Vernetzung, Dialog“, herausgegeben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kann bestellt werden mit einer E-Mail an: info.buerger@bamf.bund.de

Quelle: BIM 26/2007

Fachdienst Thüringen im Zentrum für Integration

Impressum

Herausgeber:
Zentrum für Integration und Migration
Fachdienst für Flüchtlingsarbeit
Thüringen

Rosa-Luxemburg-Str. 50
99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535
Fax: 0361 3467666
E-Mail: netzwerk_erfurt@web.de

Redaktion: Beate Tröster (verantwortl.),
Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfond
und durch das Thüringer Innenministerium

